

# WER IST FABIAN?

*Wie eine mehr als 140jährige Organisation die Gesellschaft der Gegenwart formte.*

[Matthias Müller]

Links und rechts – das sind die dominierenden »Argumente« des postmodernen politischen Diskurses. Sie finden derart inflationär Gebrauch, dass sie de facto wertlos geworden sind. Selbst Leitmedien kommen nicht umhin, zu konstatieren, dass diese Zurechnungen ob ihrer akuten Inhaltsleere hauptsächlich Verwirrung stiften, anstatt Orientierung zu bieten. Erhitzte Debatten um Zugehörigkeit zum einen oder anderen Lager, ideologisierte Grabenkämpfe und mediale Ikonisierung – oder Abstrafung – der lautesten Protagonisten beider Seiten haben die Erörterung von Sachfragen ersetzt und führen damit die demokratische Idee ad absurdum. Denn der Kerngedanke von Demokratie ist nun einmal, durch Argumente Mehrheiten für die Lösung konkreter Problemstellungen zu erschaffen.

Die Unterscheidung der politischen Lager in »Linke« und »Rechte« geht auf die Sitzordnung der Delegierten bei der Einberufung der Generalstände sowie der Konstituante bei der Entstehung der französischen Nationalversammlung von 1789 bis 1791 zurück. Dort waren die Sitze des Adels rechter Hand angeordnet, das weniger einflussreiche Bürgertum saß links vom Parlamentspräsidenten. Von Frankreich aus eroberte dieser Modus Operandi Europa. Auch das Paulskirchen-

parlament des Deutschen Bundes formte sich im Jahr 1848 nach dem Muster der französischen Nationalversammlung, platzierte die republikanischen Abgeordneten, die eine Abschaffung der monarchistisch strukturierten Fürstenhäuser forderten, auf der linken, und die Monarchisten, die für den Erhalt des Status quo eintraten, auf der rechten Seite.

Heute bildet der parlamentarische Halbkreis zwar ein feingliedrigeres politisches Spektrum ab – konservative, liberale, nationalistische oder bürgerliche Parteien auf der einen, sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und ökologisch motivierte Gruppen auf der anderen Seite – trotzdem steht die Bezeichnung »Linke« oder »Rechte« zunächst für kaum mehr als eine banale Sitzordnung. War die jeweilige Position 1791 und 1848 noch mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, oder mit dem Ausdruck fundamental auseinander strebender Herrschaftskonzepte verbunden, ist dies vor allem nach dem sogenannten »Linksruck« der zurückliegenden Dekaden nicht mehr der Fall. Jetzt herrscht einförmige Dominanzkultur.

Die Wahlprogramme von CDU, SPD, FDP und Grünen unterscheiden sich nur noch marginal. Wirklich libertär oder konservativ ist niemand mehr. Dafür sind

alle irgendwie grün. Lediglich die marxistisch motivierte Linke oder die nationalkonservative AFD scheitern ab und an aus, fallen mit speziellen Forderungen und Kritik aus dem Rahmen. Ein Großteil der Mitglieder des deutschen Bundestages dient jedoch ein und derselben Agenda. Man möchte die tatsächliche Entscheidungsgewalt über die öffentliche Ordnung und das Zusammenleben der Menschen schlechthin mehr und mehr so schnell und so weit wie möglich von der launenhaften Bevölkerung entfernen. Dazu hat man Organisationen ins Leben gerufen, die sich jeglicher demokratischer Legitimation entziehen, und diesen überträgt man Schritt für Schritt immer mehr Macht und Kontrolle – siehe Antrag zur Stärkung der WHO im Mai 2023. Kritik an der schleichenden Machtübernahme durch supranationale Organisationen und globale Kapitalverwalter ist von den etablierten Parteien des hohen Hauses nicht zu vernehmen.

Obschon links und rechts in der Gegenwart also kaum noch zu unterscheiden sind, die sogenannten Volksparteien sich unisono der Erfüllung supranationaler Agenden verschrieben haben und das politische Spektrum weder mit einer spezifischen sozialen Schicht noch mit einem abweichenden Gesellschaftsmodell zu assoziieren ist, verschanzen sich

Menschen weiter hinter den jeweiligen Kampfbegriffen ihrer ideologischen Blase. Sie wissen stets, wogegen sie sind, aber selten wofür. Sind geblendet von identitären Worthülsen und haltlosen Wohlstandsversprechen. Meist, ohne ihre politischen Überzeugungen auf Nachfrage präzise artikulieren oder gegen die ihrer vermeintlichen Widersacher abgrenzen zu können. Dabei ist Abgrenzung das wichtigste Element postmoderner Politik, der primäre sozialarchitektonische Hebel zur Steuerung der Zivilgesellschaft – und die Basis hybrider Herrschaftsdialektik.

Denn wer sich mit einer Gruppierung, einer Flagge, mit Ideen, Slogans und Zielen einer Partei identifiziert, exkludiert andere automatisch. Nur über Konkurrenzkampf mit anderen Ideologien definiert sich eine Partei. Sachfragen sind sekundär. Und Identifikation schafft Gegner. So lenken postfaktische Links-Rechts-Scharmützel nicht nur davon ab, dass der relevante Konflikt unserer Epoche zwischen oben und unten zu verorten ist, sondern auch davon, dass nahezu alle Parlamente der wertewestlichen Hegemonie – egal, wie viele Parteien und Fraktionen darin vertreten sind – längst von einer Art affirmativen »Einheitspartei« kontrolliert werden. Von Koalitionen und Konstellationen, die den vordergründig engagierten Dis-

kurs ihrer Lager als Schauspiel zur Aufrechterhaltung einer durchschaubaren Demokratiesimulation inszenieren.

Fragt sich, wie diese frappierende Annäherung parteipolitischer Programmatik, die Egalisierung von Ständen, Schichten, Ideologien, Konflikten und sonstigen Divergenzen in der parlamentarischen Repräsentanz zu erklären ist? Warum der Einheitsbrei? Woher rührt der Umstand, dass politische Gegner keine Gegner mehr sind und sich der Diskurs auf Scheindebatten, ideologische Kampfbegriffe und Exzesse der persönlichen Diffamierung reduziert? Auf eine Show. Warum verfolgen alle etablierten Parteien deckungsgleiche Ziele demokratisch nicht legitimierter Organisationen? Aus welcher Feder speisen sich diese überstaatlichen Ziele? Und warum lässt sich der Bürger – ahnend, dass sich durch wie-auch-immer geartete Wahlentscheidungen nichts an der generellen Marschroute ändern wird – noch zu Partizipation motivieren?

Antworten auf diese Fragen finden sich im Großbritannien des ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhunderts. In einer Zeit, die von zwei machtpolitischen Strömungen durchdrungen war – von Eugenik und Fabianismus. Strömungen, deren einflussreiche Fürsprecher zumeist in beiden Domänen aktiv waren. Die Eugenik, auch Sozialhygiene genannt, wurde in den 1880er- und 1890er-Jahren von rassistischen Elitisten wie Cecil Rhodes, Arthur James Balfour, Sybil Neville-Rolfe und Francis Galton, einem Cousin von Charles Darwin, begründet. Auch Winston Churchill, Henry Asquith, John Maynard Keynes oder William Beveridge plädierten, neben vielen anderen, für die Zwangssterilisation, Optimierung oder Ausrottung »minderwertigen Lebens«. Die britische Eugenik-

Welle bildete die theoretische Grundlage für die Rassenlehre der Nationalsozialisten. Und für die US-Faschisten der Wall Street, die Amerika 1934 mittels Militärputsch in eine Diktatur führen wollten. Nach den Gräueltaten von Hitlers Terrorregime verdammt man das Konzept der gesteuerten Zucht des Menschen. Zumindest vordergründig. Das Establishment war aber nach wie vor an der genetischen Modifikation seiner Untertanen interessiert. An der Kreation einer Herren- und einer Sklavenrasse.

So blieben sämtliche Organisationen, Institutionen und Publikationen, die schon die Nazis inspirierten, erhalten – und das Konzept firmiert jetzt schlicht unter unverdächtigen Labels wie Bioethik, biosoziale Forschung, biodigitale Konvergenz oder Transhumanismus. Heutzutage beschreibt man Eugenik gerne als »Selbststeuerung der menschlichen Evolution«. Oder als »Newgenics«, als Forschung, die dazu dienen soll, Erbkrankheiten zu bekämpfen. Unter dem Deckmantel medizinischer Innovation geht es aber offenbar noch immer primär darum, »unwertes Leben« – Behinderte, Kranke und Alte – auszumerzen und eine sensorisch deprivierte, mental derangierte Arbeiterklasse zu erschaffen, die ihre Knechtschaft widerstandslos akzeptiert. Siehe aktuelle Euthanasie-Gesetze in Kanada, denen selbst vom Forbes Magazine ein »verstörendes Echo aus der Nazi-Ära« bescheinigt wird.

Faschistoides Gedankengut bestimmt also auch nach knapp 150 Jahren nachweislich noch immer das Denken einer abgehobenen Kaste von Aristokraten, Finanzjongleuren, Oligarchen, Philanthropen, Naturwissenschaftlern, Soziologen und »Intellektuellen«. Das erklärt manch einen Paradigmenwechsel in der Human-

medizin sowie die bedenklichen Fortschritte in puncto Biowaffenentwicklung oder Gentechnik. Über die Unterwanderung von Universitäten, Forschung, Schulmedizin und Pharmabranche konnten Eugeniker ihre langfristigen Ziele auch nach der NS-Zeit weiter verfolgen – und sind nun nur noch wenige Generationen davon entfernt, die biologische Herrschaft über »die Herde« zu übernehmen. Mit Autorität über die fleischliche Hülle allein ist absolute Kontrolle über Milliarden von Menschen allerdings nicht zu erreichen. Nur die gleichzeitige Vereinnahmung der Psyche und damit der sozialen Strukturen und Wechselwirkungen garantiert auf lange Sicht totale Kontrolle. Demnach ist ein hybrider Ansatz nötig, um – neben ökonomischer Transformation – aus willensstarken, autonomen, kreativen Individuen ein steuerbares, devotes, unkritisches Kollektiv zu formen. An dieser Stelle tritt die »Fabian Society« auf den Plan.

Denn die gleichen sozialdarwinistischen Kreise, die sich ab 1880 für Eugenik und Sozialhygiene engagierten, für biologische Dominanz über das Klatsch- und Wahlvieh auf ihrer Steuerfarm, entwickelten um die Jahrhundertwende mittels Sozialnetzwerkanalyse Theorien zur Manipulation und Steuerung komplexer sozialer Systeme, sprich, ganzer Gesellschaften. Unter dieser Prämisse wurde am 4. Januar 1884 die sozialistische Fabian Society gegründet. Sie ging aus der bereits 1883 entstandenen linken Bewegung The Fellowship of the New Life hervor. Von Beginn an befand sich die Fabian Society in konspirativem Kontakt mit den elitären Round-Table-Zirkeln um Cecil Rhodes und Alfred Milner sowie Eugenik-Apologeten wie Margaret Sanger. Auch der britischen Regierung und royalen Kreisen stand man nahe. Fabianer

der ersten Stunde waren zumeist auch prominente Anhänger der Bevölkerungskontrolle, siehe H. G. Wells, Sidney und Beatrice Webb, George Bernard Shaw oder Bertrand Russell, der in seinem Buch »Principles of Social Reconstruction« schon 1916 für eine sozialistisch-kollektivistische Gesellschaft, autoritären Zentralismus und eine Weltregierung plädierte. Und genau das waren auch die Ziele der Fabian Society.

Daher bestand die vornehmste Aufgabe der Fabianer zunächst darin, die Arbeiterklasse für ihre Zwecke zu gewinnen. Ein Schritt in diese Richtung war die Gründung der »Independent Labour Party« (ILP). Die ILP wurde 1893 im Rahmen einer Fabian-Society-Konferenz gegründet, bestand aus über siebzig sozialistischen Ortsgruppen und wurde von Fabian Keir Hardie geleitet, der zuvor mit Friedrich Engels die Zweite Internationale ins Leben gerufen hatte. Das Ziel der ILP, die Arbeiter- und Sozialistenbewegung für ihre sozialistische Agenda zu kontrollieren, ist in Beatrice Webbs umfangreichen Tagebüchern sowie anderen offiziellen Fabian-Publikationen unmissverständlich beschrieben.

Welch massiven Einfluss die Fabian Society schon kurz nach der Gründung hatte, zeigt der Umstand, dass Sidney Webb, George Bernard Shaw und Graham Wallas 1895 die London School of Economics and Political Science gründeten, bis heute – nach Harvard und vor Oxford und Cambridge – auf Rang zwei der einflussreichsten, wohlhabendsten Elite-Universitäten der Welt. Fünf Jahre später waren es ebenfalls Fabianer, die aus der ILP die Labour Party, die sozialdemokratische Partei Großbritanniens formten; bis in die Gegenwart eine der drei dominierenden politischen Kräfte der Insel. Selbst das Gründungspamphlet der

Partei stammt aus der Feder des menschenverachtenden George Bernard Shaw – der, nebenbei bemerkt, die ehemalige Sowjetunion seinerzeit als »Union fabianischer Republiken«, Lenin als »größten Staatsmann Europas« und Stalin als »guten Fabianer« bezeichnete. Im Jahr 1900 legte Shaw nach und veröffentlichte das 122 Seiten umfassende Buch »Fabianism and the Empire« – in dem er die Weltmachtfantasien seines Zirkels detailliert beschreibt.

Bei genauerer Betrachtung war damals also offenbar ein Großteil der linken und sozialdemokratischen Kräfte Großbritanniens, ja das gesamte Establishment, Befürworter von Rassenlehre, Zwangssterilisation, genetischer Modifikation und direkt oder indirekt von fabianischem Sozialismus beeinflusst. Führende Fabianer wie Richard Henry Tawney, ein Wirtschaftshistoriker und Sozialkritiker, der mehr Einfluss auf Politik, Gesellschaft und Bildung hatte als man glauben möchte, gelten als einflussreichste Personen ihrer Ära. Wohl nicht umsonst veröffentlichte das englische Blatt »The Guardian« am 30. August 1997 einen Artikel mit der Überschrift »Eugenik und die Herrenrasse der Linken«.

Im Jahr 1913 riefen die Fabianer das bis heute publizierende Magazin »New Statesman« ins Leben, dessen Output die intellektuellen Grundlagen für den britischen Sozialstaat nach dem Zweiten Weltkrieg schuf. Beim Erdrutschsieg von 1945 waren über 220 Labour-Abgeordnete des britischen Parlamentes Mitglied der Fabian Society. Und auch die Revitalisierung der Labour-Partei in den 1990ern ist dem »New Statesman« zu verdanken. Das Blatt veröffentlichte als erstes Medium Tony Blairs Wahlprogramm namens »Der Dritte Weg« – ein Titel, auf den im Verlauf des vorliegen-

den Artikels noch detaillierter einzugehen sein wird.

Die Fabian Society ist – genau wie die Eugenik – mitnichten ein Relikt grauer Vergangenheit. Im Gegenteil. 1960 wurde zusätzlich die Unterorganisation Young Fabians für Mitglieder unter 31 Jahren gegründet. Darüber hinaus existieren eine gesonderte Organisation für weibliche Mitglieder, schottische und walisische Gruppen, unzählige regionale Zirkel sowie ein offizieller Ableger in Australien, der bereits seit 1947 besteht und als die »älteste politische Gedankenschmiede des Landes« gilt. Ein österreichischer Ableger der Fabianer führte zur Gründung der Sozialpolitischen Partei in Wien. Diese konnte sich zwar nicht durchsetzen, dafür sind aber gleich zwei britische Premierminister der jüngeren Vergangenheit, namentlich Tony Blair und Gordon Brown, langjährige Mitglieder der Fabian Society. Und auch der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, steht im Ruf, Fabianer zu sein.

»Die Stärke der Fabianer ist, dass niemand weiß, was sie tun.« (George Bernard Shaw, Boston Evening, 1908)

Was verschafft einer Organisation mit circa 7.000 Mitgliedern so viel Einfluss? Verrät bereits das frühe Wappen der Fabianischen Gesellschaft – ein Wolf im Schafspelz – mehr über die Strategien dieser Bewegung als man denkt? Das impliziert zumindest das gleichnamige Buch der Autorin Dr. Amy McCrath aus dem Jahr 2012, dessen Cover das besagte Wappen zeigt. Untertitel ihres Werkes: »Fabianische Kommunisten führen einen geheimen Krieg gegen den Westen«. Doch wie sieht dieser »Krieg« aus, welche Waffengattungen kommen zum Einsatz – und was sind die Ziele des Gefechts?

Ein Blick auf die offizielle Homepage der Fabian Society und die dort beschriebenen Prioritäten gibt Aufschluss. Denn zweideutig gibt sich die als sozialistischer Think Tank auftretende Nudging- und Infiltrationsmaschinerie der britischen Linken nicht. Zunächst verfolgt man offen einen »evolutionären«, keinen »revolutionären« Ansatz. Meint: anstatt der ahnungslosen Gesellschaft hastig und brutal ihre Ziele aufzuzwingen, planen Fabianer langfristig und manipulieren ihre Zielgruppe transgenerational. Denn man vertritt »die Überzeugung, dass radikale langfristige Ziele am besten durch empirische, praktische und schrittweise Reformen erreicht werden können«. Die Zielgebiete für seine antidemokratischen Hintergrundaktivitäten sieht der Fabianismus ganz bescheiden in den Bereichen »Politik und Macht, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeit, Grün und global«.

Zu den Fabianern zählen Hunderte von Politikern in Westminster, der Kommunalverwaltung und den dezentralen (regionalen) Verwaltungen«. Stand Oktober 2020 waren die die Bürgermeister der zehn größten Städte Großbritanniens – mit Ausnahme von Edinburgh – Mitglied der Labour Partei. Vorneweg der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, der zusätzlich Mitglied der Fabian Society ist.

Analysiert man Netzwerke und Einflussphasen der Society-Denkfabrik, zeigt sich, dass die von ihren Mitgliedern und Sympathisanten dominierte politische Linke eng mit dem supranationalen korporatistischen Komplex kollaboriert. Die intimen Verbindungen von Fabianismus und internationalem Kapital offenbaren sich schon durch den Umstand, dass gerade führende Fabianer wie Tony Blair und Peter Mandelson nicht nur

an intransparenten Geopolitik-Gremien, Bilderberg-Konferenzen oder WEF-Meetings teilnehmen, sondern zudem bei Konzernen wie JP Morgan und Lazard beschäftigt sind. Auf der anderen Seite pumpt die internationale Hochfinanz Unsummen in Elite-Institutionen wie die London School of Economics (LSE), das Imperial College London (ICL) oder das National Institute for Health Research (NIHR), die ihrerseits fabianische Ideen in Lehre und Öffentlichkeitsarbeit vertreten und salonfähig machen. Mitglieder von Institutionen wie LSE, ICL und NIHR wiederum bilden staatliche Beratungsgremien, die direkt an der Gestaltung von Politik beteiligt sind. Siehe britischer Covid-19-Krisenstab, der sich aus Experten von Imperial College und NIHR zusammensetzte.

Fabianer der ersten Stunde wie Edward R. Pease, der Sozialist Edward Carpenter oder Havelock Ellis galten als Verkörperung einer visionären viktorianischen Elite. Es verwundert dabei kaum, dass der genannte Sozialreformer und Sexualforscher Ellis überzeugter Anhänger der Eugenik war. Im Jahr 1914 ging er gar eine Beziehung mit Margaret Sanger ein, die für die Gründung der American Birth Control League (jetzt Planned Parenthood) und dem deutschen Pendant pro familia verantwortlich zeichnet. Havelock untersuchte abnormales Sexualverhalten und engagierte sich unter anderem dafür, Pädophilie gesellschaftsfähig zu machen. Er korrespondierte intensiv mit Persönlichkeiten wie Sigmund Freud, dem aus der Schweiz stammenden Eugeniker Auguste Forel, oder dem deutschen Eugeniker und Sexualforscher Magnus Hirschfeld, der als Begründer der Queer-Theorie gilt. Havelocks Forschung inspirierte nicht nur John Maynard Keynes, sondern auch den Autor Vladimir Nabokov, der in Briefen an den Novellisten Edmund Wilson angibt,

Ellis' Schriften hätten ihn zum Schreiben seines Bestsellers »Lolita« angeregt. Damit gehört Have-lock Ellis – wie Magnus Hirschfeld, John Money oder Alfred Kinsey auch – zu jener Handvoll einflussreicher Sozial- und Sexualforscher, die den Boden für frühsexualisierend-promiskuitive, von eugenischen Thesen beeinflusste Sexualkunde bereitet haben. Ein Programm, das derzeit Lehrpläne weltweit in Beschlag nimmt.

*»Ich war stets und bleibe der Meinung, dass man viel zu viel blöde, kranke, degenerierte und schlechte, dagegen viel zu wenig gesunde, intelligente, arbeitsame, gute, sozial brauchbare Menschen besitzt. Ich bin Gegner des Quantitäts-, aber Freund des Qualitätsmalthusianismus, somit Anhänger einer bewussten und vernünftigen Eugenik, wie sie Francis Galton vertritt.« (Aguste Forel)*

Die Fabian Society übte von Beginn an nicht nur Einfluss auf politische Strukturen in ihrem Umfeld aus, sondern auch auf Progressive, Reformer, Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler, auf die Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und auf das Bildungswesen. Zudem beschränkten sich die Aktivitäten der sozialistischen Denkfabrik nicht nur auf die britische Insel. Aus der in Großbritannien lancierten Organisation war bald ein angloamerikanisches Netz von Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten geworden – ein Netz, das die Schaltstellen kultureller Entwicklung besetzte und beeinflusste. Nicht umsonst bezeichnete Edward Bernays, der Vater modernen Social Engineerings, Hollywood als den »größten unbewussten Propagandaträger der Welt«. Das bewegte Bild sei ein »großartiger Verteiler für Ideen und Meinungen. Es kann die Ideen und Gewohnheiten einer Nation standardisieren«.

Neben zahlreichen Beratern von

US-Präsidenten sympathisierten zum Beispiel auch so einflussreiche Persönlichkeiten wie Walter Lippmann oder John Maynard Keynes mit den Ideen des sozialistischen Think Tanks. Auch wenn sie in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit andere Positionen besetzten. Sie funktionierten als trojanische Pferde, indem sie kollektivistische Denkstrukturen adaptierten und das vorherrschende Systemdenken auf der Metaebene erodierten. Daher sitzen Anhänger des fabianischen Sozialismus heute – ohne in ein moralisches Dilemma zu geraten – in Vorstandsetagen des Turbokapitalismus, in der Bel Etage multinationaler Großkonzerne, in einflussreichen Stiftungen, Think Tanks und überstaatlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN). UN-Generalsekretär António Guterres ist zum Beispiel ehemaliger Präsident der Sozialistischen Internationale, einer ursprünglich von Karl Marx gegründeten und nach dem Zweiten Weltkrieg von der Fabian-Gesellschaft revitalisierten Organisation, die das erklärte Ziel verfolgt, Sozialismus international zu koordinieren.

Zwischen den Fabianismus propagierenden Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks herrscht reger Kontakt. Das zeigt sich anhand der in London ansässigen Denkfabrik »Policy Network«, heute »Progressive Britain«, die 1999 von Peter Mandelson, Tony Blair und Bill Clinton gegründet wurde. Auch als Joe Biden sich 1987 für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten bewarb, zitierte er in seinen Reden regelmäßig den fabianistisch geprägten Labour-Chef Neil Kinnock, nannte ihn seinen »besten Redenschreiber aller Zeiten«. Und damals war Biden vermutlich noch zurechnungsfähig.

Ein weitere Schlüsselperson, die

substanziell zum internationalen Siegeszug des fabianischen Sozialismus beitrug, war David Rockefeller, der sich mit den Milliarden seines Familienclans via Philanthropie in praktisch alle Domänen menschlichen Werdens und Wirkens einkaufte und so den Einfluss des Familienvermögens in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur seit Ende des Zweiten Weltkrieges immens ausbaute. Nicht von ungefähr nennt das renommierte Fachjournal »The Lancet« die Rockefeller die einflussreichste Familie der letzten 100 Jahre.

David Rockefeller berichtet in seinen Memoiren auch vom Verfassen seiner Abschlussarbeit an der Harvard University. Sie trug den Titel »Destitution through Fabian Eyes« (S. 106) – übersetzt: »Armut aus Perspektive der Fabian Society«. Sein intensiver Kontakt zu diversen prominenten Vertretern des sozialistischen Social-Engineering-Vehikels muss den »Weltbankier« nachhaltig beeindruckt haben. Weiter führt Rockefeller an dieser Stelle und unterteilt mit »Volksverführer der Linken« aus:

*»Das Konzept, erweitert durch die Webbs und die anderen Fabianer, bildete den Grundstein für die Arbeit von Sir William Beveridge, damals Direktor der London School of Economics, an der ich bald studieren wollte. Sir William, der spätere Lord Beveridge, wurde einer der führenden Architekten des Wohlfahrtsstaates, der Mitte der 1930-Jahre in England immer mehr Zustimmung fand.« Sir William und die Rockefeller verband später eine enge Zusammenarbeit. Beveridge war glühender Anhänger des Fabianismus und Gründer des staatlichen Gesundheitsdienstes (NHS, National Health Service). Auf Seite 114 der deutschsprachigen Ausgabe erklärt Rockefeller diesbezüglich:*

*»In jenen Tagen galt die LSE als Brutstätte des Sozialismus und Radikalismus. In den 1890er-Jahren von den Webbs gegründet, um die Ziele ihres fabianischen Sozialismus durchzusetzen, (...) hatten ihre Mauern schon häufiger Männern und Frauen, die die Grenzen der Orthodoxie testeten, Schutz geboten.«*

Noch ausführlicher stellt den Einfluss der Fabianer eine über 300 Seiten umfassende Dissertation von Joseph M. Snyder für die »West Virginia University« aus dem Jahr 2017 dar. Überschriften mit »Die Fabianisierung des britischen Empire (...)«, beschäftigt sich die Arbeit tiefgehend mit dem Einfluss der demokratisch nicht legitimierten Organisation auf die britische Politik. Von der Frühphase der Fabianer im spätviktorianischen England über die Gründung der Labour Partei bis hin zum Kalten Krieg oder der Einflussnahme in Kenia und Uganda zwischen 1948 und 1956 – wohin Snyder auch schaut, das Gedankengut der Fabian Society prägte das Umfeld und schuf den Zeitgeist.

Obwohl die Öffentlichkeit kaum Notiz von den Fabianern nimmt, scheint deren langfristiger Einfluss auf die Gesellschaft nicht unerheblich zu sein. Doch wie konnte sich solch ein imperialistisches Denkmodell, ein Herrschafts- und Wirtschaftssystem, das sprichwörtlich als Wolf im Schafspelz daherkommt, weltweit durchsetzen, um unter dem Label Sozialdemokratie vor Blaupause moderner Gesellschaftsform zu avancieren? Die meisten Bürger würden die zugrundeliegenden Ideen – Sozialismus/Kommunismus, Zentralismus, Kollektivismus und Eugenik – vermutlich reflexartig ablehnen. Dennoch akzeptieren sie einen kontinuierlich übergriffiger agierenden Staat und die vollständig inhaltsleere Politiksimulation. An dieser Stelle

gebietet es sich, auf das vorgängig erwähnte Konzept vom »Dritten Weg« zurück zu kommen, das Tony Blair die Wahl zum britischen Premierminister und Bill Clinton die US-Präsidentschaft sicherte. Denn der »Der Dritte Weg« versteht sich als zentralistische politische Position, deren Ziel eine Fusion linker und rechter Lager ist. Sprich, die Vermischung klassischer linker und rechter Positionen zum politischen Einheitsbrei. Einflussreichster Advokat dieses zentralistischen Ansatzes ist Anthony Giddens, profiliertester Soziologe unserer Zeit und ehemaliger Direktor der LSE. Giddens' Profil beeindruckt. Er hat über 50 Bücher sowie eine ungeheuerliche Fülle wissenschaftlicher Papiere verfasst, hält 15 Ehrendokortitel, sitzt für die Labour Party im »House of Lords«, wurde zum Baron ernannt und erhielt unzählige Auszeichnungen. Er beriet die einflussreichsten Menschen in Politik und Wirtschaft und gilt als meist zitierter Soziologe der Welt. Giddens vertritt die Überzeugung, dass die politischen Konzepte von links und rechts überholt und im Auflösen begriffen sind, da eine Alternative zum Kapitalismus fehlt. In jüngerer Vergangenheit kümmerte sich Giddens bevorzugt um Probleme, die seines Erachtens der positiven Entwicklung der Weltbevölkerung im Wege stehen – namentlich Klimawandel oder die digitale Revolution. Letztere führe seiner Auffassung nach zur Auflösung der Selbstwahrnehmung des Individuums, da eine

unbegrenzte Auswahl an Lebensentwürfen, Informationen und Reizen sowohl befreiend als auch beängstigend wirken und den Homo sapiens in mentale Agonie zwingen könne.

In seinem Habitat sei der Mensch heute einem System ausgesetzt, das emotionalen Stress befördere und dadurch mit der Eigenschaft »Unsicherheit produzierend« zu beschreiben ist. Die post-traditionelle Welt nötige den Hominiden dazu, sich selbst ein Narrativ zu schaffen, in dem er sich wahrnehmen kann, das er als »Ich« nach außen präsentiert. In früheren Sozialverbänden sei ihm automatisch eine Rolle zuteil geworden sei. In der Regel bedingt durch seine individuellen Fähigkeiten, oder durch seinen Beruf. Zugespitzt formuliert: das Leben erscheint dem Bewohner der Postmoderne zusehends sinnlos, er wird ihm überdrüssig, weshalb er gezwungen ist, sich eine Fassade, ein Narrativ, eine Selfie-Realität – eine Lüge – zu erschaffen und diese zu leben.

In diesem Kontext erscheint relevant, dass im Mai 1966 die »Cloward-Piven-Strategie« veröffentlicht wurde, deren erklärtes Ziel es ist, den Staat durch koordinierte Überforderung in strukturelle Krisen zu stürzen. Diese Krisen sollen dann als Argument zur Machtausweitung des Staates und schließlich zur Abgabe von Macht an supranationale Über-Staats-Organisationen genutzt werden – was in finaler Ausgestaltung einen zentralistisch-kollektivistischen

Apparat kreiert. Konservative US-Kommentatoren wie Glenn Beck erwähnen die »Cloward-Piven-Strategie« bis heute regelmäßig und erklären, dass diese nicht nur Barack Obamas politische Agenda bestimmte, sondern auch zeitnah zum Zusammenbruch des Systems führen werde.

*»Die totale Zerstörung des Wohlstands steht bevor (...) Es ist die letzte Phase der Cloward-Piven-Strategie, deren Resultat im Zusammenbruch des Systems besteht.«* (Glenn Beck, 18. Februar 2010)

Den Indizien folgend bedeutet das: Während Meetings von WEF, Bilderbergern, Trilateraler Kommission, Le Cercle, UN und anderen Geopolitik-Zirkeln der Abstimmung strategischer Belange dienen, der Organisation korporatistischer Strukturen, fokussieren sich die Aktivitäten der Fabianer darauf, Denk- und Handlungsmodelle zu assimilieren, bzw. einen so genannten »Aesthetic War« zu führen. Der Think Tank betreibt Kulturmarxismus, der Gesellschaften schleichend über Dekaden hinweg verändert, der linkes und rechtes Spektrum als Hebel seiner manipulativen Dialektik verwendet – nur, um die beiden Pole anschließend darin aufzulösen.

Bei der Bewertung des sozioökonomischen Status quo muss man daher annehmen, dass sich die fabianischen Konzepte, deren Ziel es ist, aus pluralistischen Gesellschaften ein in vordefinierten Debattenräumen dauerstreiten-

des und damit gut kontrollierbares Kollektiv zu formen, durchgesetzt hat. Das politische Denken, der alimentierende Wohlfahrtsstaat, die postmoderne Sozialdemokratie mit ihrem Akzeptanzdogmatismus, beliebig gewordene Kunst, oder die omnipräsente Biosicherheitsdoktrin – alles nahe an der Idealvorstellung des in Infiltration geübten Society-Think-Tanks und der ihn leitenden Visionen von Kontrolle und »Sozialhygiene«.

Ja, der »sozialistische Imperialismus« der 1884 gegründeten Fabian Society scheint Früchte getragen zu haben. Liberalismus und Progressivität stehen heute für das Gegenteil von dem, was man damit assoziiert. Antifaschismus ist faschistisch. Eugenik firmiert jetzt unter biosozialer Forschung. Pluralismus wurde zu Partikularismus – und Autonomie ersetzt durchs Kollektiv. Ingredienzen für ein totalitäres System. Man addiere eine Prise Technokratie – und fertig ist die konfuse, überwachungsstaatliche Realität der »Truman Show«. Man wartet geradezu darauf, dass einem beim Spaziergang durch die Stadt ein Scheinwerfer vor die Füße fällt.

Der erste Schritt, um diesem verwirrten Zustand erzwungener Einförmigkeit entgegenzutreten, ist, auf die Diskussion und Lösung von Sachfragen, anstatt ideologischen Animositäten zu bestehen – der zweite, anzuerkennen, dass Eigenwohl vor Gemeinwohl stehen muss, denn jeder andere Ansatz hat in der Geschichte zu Katastrophen geführt.